
TERMINAL TRIBUNE



INK & IRON, BÜRO 404.

Samstag, 24. Oktober 2026 WOCHENENDAUSGABE · WOCHE 43

Ausgabe frei Haus

MIGRATION & ASYL

Snowdens Asyl: Brüssel zittert, Washington schweigt

Marta Silber · 17. Oktober · Dossier

Zwölf Seiten hat Snowden dem Europäischen Parlament geschrieben. Keith Alexander, NSA-Chef, hat keine geschickt. Wer schweigt, hat meistens etwas zu verbergen.

Am 12. März stimmt Straßburg über Resolution A7-0139 ab. Der Änderungsantrag: Mitgliedsstaaten sollen Strafverfolgung gegen Snowden einstellen, Auslieferung verhindern, ihm Schutz als Whistleblower gewähren. Der LIBE-Ausschuss hatte das im Februar abgelehnt. Jetzt liegt es beim Plenum.

Albrecht, deutscher Abgeordneter im LIBE, sagt es offen: Ohne Schutz für Snowden bekomme Europa die Wahrheit nicht auf den Tisch. Man könne den Mann nicht in Putins Händen lassen. Dann das Bemerkenswerte: Viele Kollegen fürchten, dass ein Mitgliedsstaat, der Snowden Asyl gewährt, den EU-USA-Gipfel in Brüssel gefährdet. Dass Washington zurückschlägt.

Albrecht glaubt nicht, dass der Antrag durchgeht. Aber er kennt einen Seitenweg: Deutschland könnte Snowden als Zeugen in einem parlamentarischen Verfahren schützen. Bestehende Gesetze. Keine Asylentscheidung nötig. Clever — und gerade deshalb fragwürdig.

Was hier sichtbar wird, ist die Architektur. Wer kontrolliert wen? Wer darf Asyl gewähren, ohne dass der große Bruder anruft? Die Resolution fordert Verbot verdachtsloser Massenüberwachung, ein europäisches Digital-Habeas-Corpus, eine Konferenz der Kontrollgremien. Schön formuliert. Unverbindlich, solange Washington mitverhandelt.

Das EU-Audit 2026 soll systematische Mängel bei der Vergabe von Asylunterkünften aufdecken. Ein geplantes Korruptionsregister zeigt: Brüssel weiß, dass Geld, Macht und Schutzvisa nicht immer sauber getrennt sind. FCPA und UK Bribery Act werden international herangezogen, wenn Akteure sich an Regeln vorbeimogeln. Nun trifft es die Institutionen selbst.

Snowdens Vergehen: Er hat benannt, was Überwachung mit Freiheit macht. Dafür soll er büßen oder geschützt werden. Was passiert, entscheiden Washington und Brüssel. Die Abgeordneten bleiben Statistiken.

Unklar bleibt, ob ein Mitgliedsstaat den Mut hat, den Schutz wirklich durchzudrücken — oder ob am Ende das diplomatische Stillschweigen gewinnt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261017_2044_04391.html

IN DIESER AUSGABE

RÜSTUNG & SICHERHEIT

SPVs, Chips und Schweigen – Das Rückgrat der russischen Rüstung

KRISEN & KONFLIKTE

Die NATO und der Himmel voller Lücken

ROHSTOFFE & ENERGIE

Brüssel schaut zu, Moskau verlegt, Peking profitiert

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Die Biosecurity-Black-Box: Wer zahlt, wer schweigt, wer blockiert

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Europas Verwundbarkeit: Weniger Wachstum, weniger Arbeiter, mehr Druck

LUFT- & RAUMFAHRT

Die Karte ist nicht der Himmel — sie ist das Auge

POLITIK & MACHT

Sicherheit auf Kredit: Europas Palantir-Dilemma

KLIMA, ERDE & WETTER

PEK: Siebzig Millionen Passagiere, eine zögernde Buchführung

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

Signalglanz ohne Strategie

AGRARPOLITIK & ERNÄHRUNG

Verboten, geduldet, im Boden gebunden

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Zwei Namen gestrichen — die Front bröckelt

RÜSTUNG & SICHERHEIT

SPVs, Chips und Schweigen – Das Rückgrat der russischen Rüstung

Oberstleutnant a. D. Konrad Hagen · 19. Oktober · Dossier

Die Zahlen kennen Sie. 130 Shaheds in einer Woche, 80 Marschflugkörper, knapp 700 Gleitbomben – Selenskyj hat sie Mitte April aufgezählt. Hinter diesen Zahlen steckt eine Lieferkette, die so nicht existieren dürfte.

Russlands Rüstungsproduktion hängt am Tropf ausländischer Komponenten. Elektronik. Chips. Präzisionsteile – in keiner Moskauer Fertigungshalle vom Band. Das ist neu? Nein. Das ist bestätigt. 39 Hersteller aus Nordamerika, Europa und Ostasien haben nach Februar 2022 Exportkontrollen verhängt. Rund 16.000 Einträge auf der Sanktionsliste. Sie wächst.

Sie wirkt nicht.

Wer profitiert? Schauen wir nach Shenzhen. Nvidia entwickelt den RTX 4090 D für den chinesischen Markt – fünf Prozent langsamer als die Originalversion. In Fabriken werden solche Gaming-Chips ausgelesen, auf neue Platinen gesetzt, in KI-Hardware verpflanzt. Über 4.000 allein im Dezember. Das ist kein Graumarkt. Das ist Industrie.

Die Struktur dahinter trägt einen Namen: Special Purpose Vehicles, kurz SPVs. Sie ermöglichen China, Sanktionen zu umgehen und strategische Güter weiter an Russland und Iran zu liefern. Ein Mechanismus im legalen Halbschatten. Verstoß gegen internationales Sanktionsrecht – flächendeckend, leise, mit Briefkopf.

Was verschwiegen wird? Die diplomatische Fassade. China engagiert sich in humanitären Missionen, in Friedenssicherungen – und liefert gleichzeitig Dual-Use-Technologien an Moskau und Teheran. Die Pose als neutraler Vermittler wird zur Tarnarchitektur. Die Spannungen mit Washington, die Manöver Richtung Philippinen – auch Bühnenlicht. Ablenkung von Lieferketten, die im Halbschatten laufen.

Offen bleibt, welche Verträge hinter den SPVs stehen. Welche Häfen die Routen kennen. Welche Versicherungen die

Frachten abdecken. Die Spur ist sichtbar. Die Akteure bleiben im Schatten der Struktur.

Diese Praktiken modernisieren Russlands und Irans Militärindustrien. Sie stärken Chinas geopolitische Position. Wer das nicht sehen will, sollte seine Sanktionsliste noch einmal lesen. Die nächste Shahed kommt bestimmt. Mit freundlicher Post aus Shenzhen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261019_2042_04406.html

KRISEN & KONFLIKTE

Die NATO und der Himmel voller Lücken

Jack Morrison · 17. Oktober · Dossier

Estland hat Artikel 4 gezogen. Polen lässt Eurofighter aufsteigen. Rumänien zählt Drohnen. Litauen, Dänemark, Schleswig-Holstein, München — die Liste wird länger, die Aufklärung schweigt. Was hier getestet wird, ist nicht die Luftabwehr. Es ist die Geduld.

Moskau schickt MiG-31 an die estnische Grenze, lässt sie umkehren, kurz bevor irgendjemand auf den Abzug drücken muss. Ein Manöver, das nichts kostet außer Scham. Man nennt es „Sapad“ und meint den Westen. Die Drohnen über Polen sind billiger als die Lenkflugkörper, die sie jagen sollen. Generalinspekteur Breuer redet deshalb von „Kamikazedrohnen“ und Monaten statt Jahren. In Soldatensprache ist das ein Geständnis.

Wer profitiert? Russland testet, wie weit der Bündnisfall reicht, wenn kein Schuss fällt. Testet, ob Artikel 5 auch für hybride Schäden gilt — für Drohnen über Flughäfen, für Kampfjets über Bohrinseln. Testet die Zusagen einer USA unter Trump, deren Bündnistreue so verlässlich ist wie ein Wetterbericht von vorgestern. Und testet die Souveränität kleiner Staaten, deren Neutralitätsgewohnheitsrecht niemand mehr zu zitieren wagt.

Die Völkerrechtler streiten derweil, ob ein Drohnenüberflug schon Anwendung oder Drohung von Gewalt nach der UN-Charta ist — eine Frage, die in Seminaren glänzt und in Brüssel nichts nützt. Denn wer nicht schießt, wenn ein Kampfjet in

seinen Luftraum taucht, hat die Antwort längst gegeben.

Deutschland konzentriert sich auf kritische Infrastruktur — Drohnenschutz, Spionageabwehr, ein Fähigkeitenmix, der noch auf dem Reißbrett liegt. Spanische Eurofighter steigen für Litauen auf, italienische für Estland, die Bundeswehr weitet die Luftraumkontrolle über Polen aus. Jeder handelt für sich. Das Bündnis zerfällt nicht im Donner, sondern im Murmeln nationaler Alleingänge — und in der Ambivalenz Washingtons.

Unklar bleibt, wer hinter den Drohnen über Kopenhagen, Aalborg und München steckt. Spionage wird nicht ausgeschlossen. Das ist die ehrlichste Formulierung dieser Woche.

Wer am Himmel nicht klarmacht, dass er ihn verteidigt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er ihn verliert.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261017_1243_04389.html

ROHSTOFFE & ENERGIE

Brüssel schaut zu, Moskau verlegt, Peking profitiert

Dex Hollis · 18. Oktober · Dossier

Die Europäische Kommission sitzt am Hebel. Sie verhandelt internationale Abkommen, sie überwacht, ob Mitgliedstaaten EU-Recht einhalten, sie kann Untersuchungen anstoßen, wenn Projekte nach Sanktionsumgehung riechen. Sie ist Hüterin und Vollstreckerin in einem. Sie hat die Werkzeuge. Die Frage ist nur, ob sie sie benutzt.

Schauen wir auf die Karte. Russland baut LNG-Terminals an Standorten, die kein Zufall sind. Yamal LNG produziert. Arctic 2 steht vor der Vollendung. Die Geografie ist Strategie. Die Anlagen liegen so, dass sie Japan und Südkorea bedienen — zwei der größten LNG-Importeure der Welt — und selbstverständlich China. Pipeline nach Osten, nicht nach Westen. Was wie ein technisches Detail aussieht, ist eine politische Entscheidung in Beton.

Und das Öl? Ist längst umgepumpt. Jahre lang lief russisches Rohöl nach Europa, über Pipelines, über See, über Rotterdam.

Heute läuft es nach Asien. China ist inzwischen größter Abnehmer russischen Rohöls. Das ist keine Marktlaune, das ist eine Transformation der globalen Energieflüsse. Peking hat die Partnerschaft mit Moskau vertieft und sich zugleich von den Routen emanzipiert, die Brüssel kontrollieren will. Wer heute noch auf europäische Abnehmer setzt, hat die Landkarte nicht gelesen.

Wer profitiert? Russland zuerst. Neue Partnerschaften, frisches Kapital aus Asien, vor allem aus China. Die Lieferketten verschwinden nicht, sie werden umgeschrieben. Was als geopolitische Verschiebung verkauft wird, ist handfeste Architektur — kalkuliert, chinesisch finanziert, westlich geduldet.

Und die Kommission? Sie könnte. Sie überwacht die Einhaltung der EU-Gesetze durch die Mitgliedstaaten. Sie könnte Projekte prüfen, die Sanktionsumgehung oder geopolitische Auswirkungen tragen — Nord Stream 2 ist das bekannteste Beispiel, bei weitem nicht das einzige. Sie könnte über internationale Abkommen die Energiepartnerschaften der EU neu justieren, auch im Verhältnis zu China. Stattdessen redet sie von Diversifizierung. Sie redet von Partnerschaften. Sie verhandelt — leise, ohne Druck, ohne Ergebnis.

Unklar bleibt, warum die Kommission die Umgehungen über chinesische Häfen, russische LNG-Terminals und neue asiatische Investitionskanäle nicht zum Gegenstand offener Verfahren macht. Die Werkzeuge zur Aufklärung liegen bereit. Wer sie einsetzt, entscheidet, ob Europa den Rhythmus mitbestimmt — oder weiter der Musik lauscht, die Peking und Moskau spielen. Bis jetzt sitzt Brüssel im Publikum.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261018_2041_04399.html

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Die Biosecurity-Black-Box: Wer zahlt, wer schweigt, wer blockiert

Prof. Emil Kessler · 17. Oktober · Dossier

Die 'Biosecurity Black Box'-Enthüllungen treffen ins Mark der internationalen Biowaffen-Kontrolle. Was wie ein techni-

sches Defekt klingt, ist ein politischer. Russland und China blockieren seit zwei Jahrzehnten die Überprüfungsmechanismen der Biological Weapons Convention. Das ist keine Randnotiz — das ist das Skelett im Fundament.

Der Auslöser offenbart das Ausmaß. Ein fehlerhafter A.I.-Bericht hätte beinahe einen militärischen Konflikt zwischen den USA und China ausgelöst. Algorithmen, gefüttert mit Geheimdienstfragmenten, liefern Entscheidungsgrundlagen für Krieg. Wer trainiert diese Systeme? Wer prüft ihre Outputs? Die Antwort steht in keinem Protokoll.

Die Quellenlage ist pikant. Die Enthüllungen stammen aus einer politischen Allgemeinquelle — kein Fachmedium für Biowaffenkontrolle, sondern ein Kanal, der selbst als Instrument geopolitischer Interessen gilt. Hier beginnt das Ermitteln: Wem nützt die Veröffentlichung? Russland und China blockieren seit Jahren jede Verifikation der BWC. Nun erscheinen Enthüllungen, die das Versagen dieser Blockade dokumentieren — ausgerechnet über jene Strukturen, die Peking und Moskau nicht einsehen wollen. Zufall ist das kaum.

Chinesische Unterstützung für Forschung wirft eine weitere Frage auf. Neutralität ist ein Anspruch, kein Zustand. Wer Forschung finanziert, formt Ergebnisse. Wer Überwachung blockiert, schützt Geheimnisse. Beide Bewegungen gehören zusammen.

Die neue Arbeitsgruppe zur Stärkung der BWC liest sich nach zwanzig Jahren Stillstand wie ein diplomatischer Hoffnungs-schimmer. Alternative Modelle könnten die Kosten der Überwachung senken und Vertrauen stärken — vorausgesetzt, die Architekten dieses Vertrauens sind nicht dieselben, die es bisher verweigert haben.

Am Ende die Frage, die jeder Ermittler kennt: Wer kontrolliert die Kontrolleure — und wessen BlackBox bleibt verschlossen?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261017_0044_04383.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Europas Verwundbarkeit: Weniger Wachstum, weniger Arbeiter, mehr Druck

Ezra Wolff · 23. Oktober · Meldung

Die Weltbank hat am 8. Oktober 2026 eine Zahl veröffentlicht, die klein aussieht und alles erklärt: Das Wachstum in Europa und Zentralasien sinkt 2026 auf 2,2 Prozent, nach 2,6 Prozent im Jahr zuvor. Die Abschwächung reicht in fast alle Länder der Region. Nimmt man Russland heraus — es steht für rund 40 Prozent der regionalen Produktion —, bleibt von 3,7 auf 3,0 Prozent. Das ist die Art von Verfall, die in keiner Schlagzeile steht und trotzdem alles entscheidet: Wenn die erwerbsfähige Bevölkerung schrumpft, ist 2,2 Prozent kein Wachstum. Es ist eine Atempause, die sich als Stagnation rechnet.

Die zweite Zahl steht in derselben Bilanz, nur ein paar Kapitel weiter. In Mitteleuropa fehlen Arbeiter. Die tschechische Handelskammer beziffert die Lücke auf rund 250.000 Menschen, die dem heimischen Arbeitsmarkt schon heute fehlen; eine Studie der Beratung Moore CR sieht bis 2045 eine halbe Million. Die Mathematik dahinter ist schlicht und grausam: In den 1970er-Jahren wurden in Tschechien fast 200.000 Menschen pro Jahr geboren, im vergangenen Jahr weniger als 80.000. Wenn diese Jahrgänge nach 2030 in Rente gehen, schlägt die Bilanz in die andere Richtung um. Es ist kein Engpass in einzelnen Branchen, es ist eine Säge, die von unten ansetzt.

Drei Nachbarn, dieselbe Säge, unterschiedliche Schnittstellen. Die Slowakei kommt mit einer Arbeitslosenquote von 4 bis 5 Prozent daher, doch gut qualifizierte Menschen wandern ab, die Geburtenrate liegt auf einem Rekordtief, und die Scheren klaffen in der Fertigung, im Ingenieurwesen, in Logistik, Bau, IT und im Gesundheitswesen. Ungarn beschäftigt rund 75 Prozent der Menschen zwischen 18 und 65 Jahren, die Arbeitslosigkeit liegt zwischen 4,0 und 4,8 Prozent — und das Land verliert nach Schätzung der Arbeit-

geberverbände jedes Jahr rund 30.000 Personen aus dem Arbeitsmarkt. Polen meldet eine registrierte Arbeitslosigkeit von 5,8 Prozent und eine Stellenangebotsquote von 0,8 Prozent, also 98.700 offene Stellen. Diese Zahlen täuschen: In 17 Berufen prognostiziert der offizielle Berufsbarmeter für 2026 Engpässe — Pflegerkräfte, Hebammen, Bus- und Lkw-Fahrer, Schweißer, Bauarbeiter. Vier Länder, dieselbe Lücke, verschiedene Stadien, verschiedene Rezepte. Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt wäre eine Verteidigungslinie. Vier verschiedene Wege sind nur vier verschiedene Wege.

Die Weltbank hat das Problem noch eine zweite Tür aufgemacht. Künstliche Intelligenz, so der Sonderteil der Studie, kommt schneller in der Region an, als sie aufnehmen kann. Rund jeder fünfte Beschäftigte — überwiegend gut ausgebildet und jung — hat einen Job, der von KI spürbar betroffen ist. Bei weniger als einem von zehn Unternehmen ist KI bereits im Einsatz. Die Bank empfiehlt genau dieses Werkzeug als Gegengift gegen die schrumpfende Erwerbsbevölkerung, verlangt aber zugleich belastbare Grundbildung, Führungskräfte sowie arbeitsmarktlche und sozialpolitische Institutionen. Das ist die eigentliche Rechnung: Das Mittel gegen den Arbeitskräftemangel setzt jene Fähigkeiten voraus, die die Region erst herstellen muss.

Die Risiken stehen in derselben Veröffentlichung. Höhere Energiepreise halten die Inflation hoch, gestörte Handelswege und zusätzliche Kosten für Transport und Dünger belasten die Bilanzen, die Finanzierungsbedingungen werden enger, das Wetter schlägt aus. In der Ukraine soll das Wachstum auf 1,2 Prozent fallen, weil kritische Infrastruktur beschädigt und Exporte unterbrochen sind. Die Automobilzulieferketten der Region spüren schwachen EU-Bedarf und wachsenden Wettbewerb. Polen hält bei 3,6 Prozent, der Westbalkan wächst auf 3,1 Prozent. Das sind Inseln, keine Front.

Und genau in dieser Frontlage trifft Washington ein. Außenminister Marco Rubio ist am 17. Oktober mit 200 Geschäftsleuten nach Usbekistan gereist, am 18. Oktober in Samarkand eingetroffen. Am 19. Oktober nimmt er dort an einem Ministertreffen der fünf zentralasiatischen Staa-

ten teil: Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, im C5+1-Format. Washington kommt nicht mit Flaggen, sondern mit einer Einkaufsliste. Die Region ist so groß wie die Europäische Union, zählt aber nur rund 80 Millionen Menschen. In ihr liegen Energie und Bodenschätze, vor allem Seltene Erden. China ist bereits der wichtigste Handelspartner. Washington will besseren Zugang, stärkere Energiebeziehungen und, so der erklärte Zweck der Reise, einen Vorsprung vor Russland und China. Dass die fünf Staatschefs im November 2025 im Weißen Haus empfangen wurden, war die Ouvertüre; 200 Unternehmer sind das Duell.

Während andere Washingtoner Beamte die Iran-, Ukraine- und Gaza-Dossiers betreuen, reist Rubio durch Asien. Die heiklen Akten hat der Präsident an Sondergesandte abgegeben; der Außenminister sammelt Bindungen. Für Europa ist das keine Nebensache. Washington hat die europäischen Verbündeten zuletzt öffentlich aufgefordert, bei der Wiederbelebung westlicher Dominanz mitzuwirken. Die Bitte trifft einen Kontinent, der seine eigenen Arbeitskräfte nicht findet, und einen Markt, in dem die Konkurrenz die Exporte drückt.

Darin liegt der Befund. Europas Verwundbarkeit besteht nicht zuerst in schlechten Bilanzen, sondern in der Unfähigkeit, die eigene Ausgangslage zusammenzuzählen. Vier mitteleuropäische Staaten haben dieselbe Lücke, unterschiedliche Stadien und verschiedene Wege; sie sprechen nicht mit einer Stimme, sie werben um Arbeitskräfte, die sie selbst brauchen. In Zentralasien wächst die Region mit 5,8 Prozent — Kirgisistan mit 9,6, Usbekistan mit 7,9. Genau dort, wo die stärkste Dynamik der Weltbank-Region liegt, sammelt Washington Geschäftsleute und Ministerschulden. Wer das Zugpferd spielt, braucht ein Pferd zum Ziehen: Zugang, Kapital, Rohstoffe. Europa hält weder das eine noch das andere in der Hand — vor allem keine gemeinsamen Zügel.

Die Weltbank nennt ihre Zahlen nüchtern. Das kann sie. Die Rechnung dahinter ist es nicht. 2,2 Prozent auf schrumpfen der Basis sind keine Zukunft, sondern die Grenze dessen, was mit zu wenigen Men-

schen noch erreichbar ist. Die fehlenden Arbeitskräfte Mitteleuropas lassen sich weder per Erlass noch per KI-Beschluss erfinden. Und die Verhandlungen, die in Samarkand geführt werden, entscheiden zunehmend, wer Energie, Metalle und Lieferketten und damit die Bedingungen des Wachstums kontrolliert. Europa sitzt dabei nicht am Steuer, sondern in der zweiten Reihe — mit vier Arbeitsmärkten, die sich nicht einigen, und einem Bündnis, das sich nur dann bewegt, wenn Washington den Takt vorgibt. Wer auf ein Zugpferd wartet, während die Pferde fehlen, verliert nicht nur das Rennen. Er bemerkt erst am Ziel, dass er gar nicht eingestiegen ist.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261023_1656_53207.html

LUFT- & RAUMFAHRT

Die Karte ist nicht der Himmel — sie ist das Auge

Kapitän Otto Renz · 17. Oktober · Dossier

Die Punkte, die das All-domain Anomaly Resolution Office (AARO) auf seiner UAP-Karte setzt, sind keine Landeanflüge fremder Schiffe. Sie sind Markierungen dort, wo die Vereinigten Staaten ihre eigenen Augen stationiert haben. Die verstärkten ISR-Aktivitäten über Polen, im Schatten des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, erklären die Hotspots plausibler als jede außerirdische Hypothese. Unklar bleibt, warum andere Basen mit hoher US-Präsenz — Ramstein, Spangdahlem — nicht auf dieser Karte erscheinen. Wer seine Auswahl trifft, bestimmt das Bild. Die Frage der Datenauswahl ist keine Nebenfrage. Sie ist der Vorgang.

Seit 2022 veröffentlicht AARO jährliche Berichte, Hunderte Sichtungen, eine beruhigende Architektur der Aufklärung. Doch das Misstrauen wächst. Whistleblower wie David Grusch und Matthew Brown sagen das Gegenteil. Geheime Programme zur Bergung, Rückentwicklung, nicht-menschliche Technologie — klassifiziert in Budgets, die kein Abgeordneter zu Gesicht bekommt. Tim Phillips, einst stellvertretender Direktor der Behörde, bestätigt immerhin, dass die US-Regierung selbst UFO-Meldungen streute, um eigene schwarze Programme zu tarnen. Wer pro-

fitiert, wenn die größte Erklärungs-Kategorie — „die USA selbst“ — zur Gerüchteküche erklärt wird, statt sie aufzuklären?

Im Kongress formiert sich parteiübergreifend Druck. Der interne Machtkampf innerhalb der Republikaner — zwischen Isolationisten, Sicherheitsflügel und Trump-nahen Kräften — könnte die Offenlegung weiter treiben, weil jedes Lager sich profilieren will. Auch der Präsident weicht der Frage bislang aus, doch mehrere Amtsinhaber vor ihm haben sich geäußert. Das Interesse an Veröffentlichung wächst seit Jahrzehnten.

Was bleibt, ist ein Ermittlungsfeld. Wer wählt die Sensoren? Wer wählt die Punkte? Wer wählt die Akten, die freigegeben werden? Solange AARO nicht erklärt, warum die eigenen Augen mehr sehen als die eigene Karte, ist die Karte selbst die Anklage.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261017_2045_04392.html

POLITIK & MACHT

Sicherheit auf Kredit: Europas Palantir- Dilemma

Vera Kastner · 19. Oktober · Meldung

Ein milliardenschwerer amerikanischer Konzern schreibt der europäischen Polizei vor, wie sie Daten liest, der Bundeswehr, wie sie Logistik denkt, und Gesundheitsbehörden, wie sie Patientenakten ordnen. Palantir ist überall dort, wo der westliche Staat das Wort Souveränität buchstabiert — und nirgends steht dieses Wort in so großen Lettern wie dort, wo es gerade verschwindet.

Die Pressestelle des Unternehmens formuliert es so: „Freiheit, Sicherheit und Wohlstand — in Europa, für Europa und mit Europa.“ Was wie eine Sonntagsrede klingt, ist die Antwort auf eine Presseanfrage eines europäischen Recherche-teams, dessen Befunde am 15. Oktober 2026 veröffentlicht wurden. Mehr Europa, in der Tat, passt selten in einen einzigen Satz. Nur: Palantir ist nicht Europa. Palantir ist ein US-Konzern mit angeschlagener Reputation, und er steht unter Druck, weil Re-

gierungen sich entfernen, die ihm eben noch die Türen öffneten.

Im Juni kündigte der französische Premierminister Sébastien Lecornu das Ende einer weiteren Kooperation an. Statt Palantir solle die heimische Firma Chapvision die Systeme entwickeln. „Wir können im digitalen Bereich keine neuen strategischen Abhängigkeiten akzeptieren“, sagte er. Die Aussage war diplomatisch formuliert und doch radikal in dem, was sie verriet: dass Frankreich sich bereits in einer Abhängigkeit befand, die es nicht hätte zulassen dürfen.

Die Sorge, die Lecornu aussprach, teilen andere. Bundeswehr-Vizeadmiral Thomas Daum sagte dem Handelsblatt, es sei nicht vorstellbar, „Industriemitarbeiter auf den nationalen Datenbestand zuzulassen“. Bei der NATO, die Palantirs System Maven nutzt, würden Mitarbeitende des Unternehmens das System bedienen und warten. Auch bei deutschen Polizeien wie in Hessen stünden laut einem Dokumentarfilm Schreibtische für Palantir-Mitarbeiter. Die Frage, wer an einem Bildschirm sitzt, wenn ein europäischer Innenminister auf Daten zugreift, ist also keine hypothetische.

Gleichzeitig wächst der zivilgesellschaftliche Druck. In Großbritannien protestierten Menschen gegen alte und neu geplante Verträge mit dem Konzern wegen menschrechtlicher Bedenken, die Palantir regelmäßig zurückweist. In Berlin demonstrierten Menschen gegen eine Preisverleihung, bei der Palantir-Mitgründer Peter Thiel den Axel-Springer-Award entgegennahm. Die Form der Kritik wechselt — die Stoßrichtung nicht.

In diese Spannung fällt ein zweiter Schauplatz, der die europäische Debatte in ein anderes Licht rückt: die Ukraine. Dort wird Palantirs Software zum Testgelände dessen, was im Westen längst als Architektur gilt. Berichte beschreiben das System Gotham als Ergänzung zu Delta der NATO — es tritt dort auf, wo die NATO selbst nicht eingreift. Die Ukraine wird so zum Labor einer westlich-amerikanischen Dateninfrastruktur, die im Stellungskrieg gegen Moskau besteht.

Genau darin aber kippt das Argument. Während westliche Regierungen Palantir

als Garant für Sicherheit, Souveränität und demokratische Kontrolle einkaufen, kämpft Russland in der Ukraine gegen das, was es als heimliche Übernahme durch Palantir begreift — gegen Datensysteme, die in seinem Operationsgebiet liegen. Welche Garantien es gibt, dass diese Daten nicht in falsche Hände fallen, wenn sich die Front bewegt, welche Verträge den Zugriff auf erbeutete oder kompromittierte Systeme regeln und welche Rolle die Software in einer NATO-Architektur spielt, deren Operationsgebiet zugleich Schlachtfeld ist — diese Fragen werden in den Strategiepapieren der Allianz nicht gestellt, in den Verträgen mit Palantir nicht beantwortet und in den Pressemitteilungen des Unternehmens nicht einmal erwähnt.

Palantir selbst wehrt sich gegen jede Kritik mit einem Argument, das besticht, weil es den Spieß umdreht: „Technologische Souveränität sollte letztlich daran gemessen werden, wer die Kontrolle über die Daten, die Entscheidungen und den Auftrag hat — und nicht lediglich an der Nationalität des Softwareanbieters“, schreibt der Konzern. Das ist, förmlich betrachtet, eine elegante Antwort. Politisch betrachtet, ist sie eine Erklärung der Kapitulation: Sie erklärt die Frage, die Europa stellen müsste, für irrelevant.

Sicherheit, schreibt Palantir, sei eine Frage der Kontrolle. In der Ukraine ist sie derzeit eine Frage der Frontlinie. Dazwischen liegt die europäische Antwort — und sie ist noch nicht geschrieben.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261019_1831_53122.html

KLIMA, ERDE & WETTER

PEK: Siebzig Millionen Passagiere, eine zögernde Buchführung

Dr. Dr. Walter „Doc“ Brenner · 17. Oktober · Dossier

Dreißig Kilometer nordöstlich der Hauptstadt, im Bezirk Shunyi, brennen Startbahnen. Der Flughafen, den die IATA PEK nennt, zählte 70,7 Millionen Passagiere im Jahr 2025 — eine Zahl, die weniger wie eine Statistik klingt als wie der Atemzug einer Weltwirtschaft im Aufwachen. Air China, China Eastern, Hainan und SF Airlines

haben hier ihr Drehkreuz, Terminal 3 ist nach wie vor das zweitgrößte Passagiergebäude der Erde, gebaut für Spiele im Sommer 2008.

Was die Quelle verspricht, ist überschaubar: Wege vom und zum Terminal, Hotels in der Nähe, ein Mini-Guide für zwei Minuten Aufmerksamkeit. Was sie nicht verspricht, aber unausweichlich mitschickt, ist die Sichtbarmachung eines Knotens. Hier zeigt sich, was die Welt unter „Erholung des Luftverkehrs“ versteht — und was sie darunter verschweigt.

Denn während an den Gates Licht brennt, wird anderswo verhandelt. Über Halbleiter, über Hybridimporte, über Satelliten, die sich verdächtig nahe an westlichen Antennen positionieren. Künstliche Intelligenz und Klimawandel stehen auf Agenden, während der Kerosinverbrauch wächst. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik — PEK ist einer jener Orte, an denen sie sich buchstäblich materialisieren — bleiben belastet von Handelsstreitigkeiten und dem Verdacht auf Wissenschaftsspionage. Wer hier wen kontrolliert, ist die Frage, die offen bleiben muss.

Die andere offene Frage betrifft die Atmosphäre. Die EPA-Quellen liefern, was gebraucht wird: nationale Treibhausgas-Inventare, das FLIGHT-Programm, mit dem sich Emissionen bis auf Anlagen herunterrechnen lassen, Umrechnungstools für den individuellen Abdruck. Das ist die Infrastruktur für Transparenz. Sie verlagert die Beweislast dorthin, wo sie hingehört — zu Konzernen und Behörden, die bisher großzügig abgerechnet haben. Ob Peking seine Inventare in gleicher Schärfe vorlegt, bleibt zu prüfen.

Wer profitiert von 70,7 Millionen Bewegungen? Die Carrier, deren Maschinen gefüllt sind. Die Mineralölkonzerne, deren Kerosin fließt. Die Terminals, deren Satelliten die Kapazität strecken. Wer verschweigt? Wer den CO₂-Fußabdruck dieser Bewegungen sauber addiert und mit den Klimazielen abgleicht, die in den Hauptstädten parallel verhandelt werden.

Terminal 1, einst 1980 eröffnet, heißt heute West Wing Satellite und stützt Terminal 2. Drei Gebäude, drei Zeitschichten, ein gemeinsames Feld.

Die Atmosphäre vergisst nicht, was sie aufnimmt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261017_0445_04385.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

Signalglanz ohne Strategie

Ada Voss · 19. Oktober · Meldung

Die Performance ist laut, die Substanz dünn. Pete Hegseth, den Donald Trump an die Spitze des teuersten Militärapparats der Menschheitsgeschichte gesetzt hat, ist in diesem Herbst zur laufenden Demonstration der Kluft zwischen Medienspektakel und strategischer Realität geworden.

Ein Foreign-Policy-Kolumnist brachte es diesen Monat unverblümt auf den Punkt: der Verteidigungsminister setzt Stunts über Substanz. Die Belege stehen am Ende einer Landebahn in Gloucestershire. Das Pentagon verlegte ein Dutzend strategischer Bomber von der RAF Fairford, weil Hegseths Befehlskette die Basis für anfällig hielt für die billigen Drohnenangriffe, mit denen die Ukrainer im Vorjahr russische Stützpunkte überrascht hatten. Zwölf Langstreckenbomber, evakuiert, weil die USA einer NATO-Partnerlandebahn keine Sicherheit garantieren konnten.

Das sollte die Schlagzeile sein. Ist es nicht. Hegseths andere Schlagzeilen sind lauter und seltsamer. Snopes unterhält inzwischen eine Dauersammlung über ihn, die wie ein satirischer Archivkasten des postfaktischen Moments funktioniert. Was die Faktenprüfer 2026 formal abräumen mussten: kein Emo-Jahrbuchsfoto, kein Weihnachts-Familienverbot, keine Umbenennung in "CEO of War" nach dem Spruch, "secretary is a lady job", keine Mascara-Bürste im Auge. Ein gefälschtes Audio, in dem Bill Clinton ihn rügt. Eine erfundene Klage von Mick Jagger über sechzig Millionen. Ein satirischer Tank-Crash-Post, der ein Dementi verlangte.

Jeder Eintrag sagt zweimal das Gleiche. Erstens: Das Gerücht existiert, weil Hegseths Profil zur Leinwand geworden ist, auf die jede Fraktion projiziert, was sie sehen will. Zweitens: Echte Reporter verbringen Stunden mit Aufräumen, statt zu fragen, warum die teuerste Luftwaffe der Welt

Bomber in England panisch einsammelt.

In Quantico hielt Hegseth kurz davor eine Ansprache, in der er sich selbst dafür lobte, die Streitkräfte von "Trannies" und "Beardos" gesäubert zu haben. "Die ideologischen Clowns sind draußen", erklärte er. "Die patriotischen Cowboys sind drinnen — mit Testosteron-Tests obendrauf." Was das mit Geopolitik zu tun hat, sagte er nicht. Zur Bündnisfrage — der größten Kraftverstärkung im amerikanischen Arsenal — kein Wort. Dafür das Raunen über die "verräterische Presse" und das Leugnen der Moralkrise auf der USS Abraham Lincoln.

Die Leute mit der Ausbildung, diese Fragen zu stellen, stellen sie weiterhin. Der republikanische Abgeordnete Don Bacon, pensionierter Luftwaffen-Brigadegeneral und Vorsitzender des Cyber-Unterausschusses, sagte im April 2025, Hegseth solle gehen: "Ich hatte von Anfang an Bedenken, weil Pete Hegseth nicht viel Erfahrung mitbrachte." Ein ehemaliger Offizier direkter: wenn Hegseth sich mit alliierten Generalstabschefs an einen Tisch setze, "werden sie in ihm nur 'den Fox-News-Typen sehen, der viel schreit' sehen". Kein moralisches Urteil — ein technisches.

Und dann der Innovationsbeirat, den Hegseth in Quantico vorstellte: Elon Musk, dessen Verteidigungsinvestments ihn zum wandelnden Interessenkonflikt machen. Palmer Luckey, Drohnenunternehmer mit Pentagon-Verträgen. Newt Gingrich, älterer Ex-Kongressabgeordneter ohne erkennbare technische Expertise. Das ist die Runde, die das Pentagon jetzt zur Zukunft der Kriegsführung befragt.

Daneben steht die Zeile, die nicht aufhört zu hallen. 2016, damals Fox-News-Kommentator, sagte Hegseth über Hillary Clintons E-Mail-Praxis: "Wenn es irgendjemand anderen als Hillary Clinton wäre, säßen sie jetzt im Gefängnis." Daily Kos grub die Aussage kürzlich wieder aus — exakt in dem Moment, in dem Hegseth selbst beschuldigt wird, Kriegspläne über unsichere Chatgruppen geleakt zu haben. Die Symmetrie ist so geometrisch, dass sie inszeniert wirkt. Er verlangte Gefängnis für eine ehemalige Außenministerin wegen des Umgangs mit Verschlusssachen. Ihm wird jetzt vorgeworfen, genau das ge-

tan zu haben, nur mit kleineren Geräten und größeren Konsequenzen.

Hegseth wirkt vorerst sicher. Die diversen Chat-Skandale sind zu Hintergrundrauschen erstarrt, nicht zu Bruchstellen. Das Weiße Haus, eingebunden in die Iran-Operation, zeigt keinen Appetit auf eine Kabinettschlacht. Die Frage ist nicht, ob er in diesem Quartal gehen muss. Die Frage ist, ob das Amt, das er führt, als Instrument der Staatskunst funktioniert — oder zu Content geworden ist.

Die Bomberbesatzungen in Fairford kennen die Antwort bereits. Die iranischen Drohnen, wenn sie kommen, werden keine Talking Points sein. Sie werden Inventar sein. Bisher hat das Pentagon nur eine Technologie mit Konstanz produziert: den nächsten Gerüchtezyklus. Und der läuft, wie Snopes bestätigen kann, auf Hardware, die niemand abgesichert hat.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261019_0215_53100.html

AGRARPOLITIK & ERNÄHRUNG

Verboten, geduldet, im Boden gebunden

Ida Feuerbach · 20. Oktober · Dossier

PFOS, PFOA, PFHxS — drei Namen, zehntausend Gesichter. Im März 2026 hat die Europäische Chemikalienagentur ECHA einem umfassenden Verbot zugestimmt und gleichzeitig dutzende Ausnahmen vorgeschlagen, damit Industrien Zeit behalten, Ersatz zu entwickeln. Ein Verbot, das seine eigene Lücke mitliefert.

Die Spur endet auf dem Acker. Über Klärschlamm gelangen die langlebigen Verbindungen in den Boden, wo PFOS an Bodenpartikel bindet — fest, jahrzehntelang. Die Europäische Umweltagentur EEA arbeitet daran, Risiken früh zu identifizieren. Klug, aber zu spät für das, was bereits im Erdreich liegt. Verschiedene Länder entwickeln Strategien, um Auswirkungen auf die Nahrungsmittelherzeugung zu überwinden. Was fehlt, ist ein Hebel.

In den USA haben erste Sammelklagen und milliarden schwere Vergleiche das Thema sichtbar gemacht. Die EU hat 2023 eigene Regelungen für Verbandsklagen eingeführt — ein Signal, dass auch hier-

zulande Ansprüche folgen könnten. REACH, POP-Verordnung, Trinkwasserrichtlinien setzen bereits Grenzwerte: 0,025 Milligramm pro Kilogramm für unbeabsichtigte Kontaminationen bei PFOS, PFOA und PFHxS. Manche Ausnahmen sind ausgelaufen. Andere gelten noch.

Eine Landesregierung hat Maßnahmen ergriffen, die Belastung in Gewässern zu senken — ohne spezifischen Blick auf Papiertrinkhalme und -becher. Kein Zufall, sondern Auswahl. Sichtbare Symbolpolitik statt Bodenpolitik. Der Regulator trifft das Plastik im To-Go-Becher, nicht die Fluorverbindung in der Gülle.

Die Struktur ist erkennbar: Oben wird verboten, was unten noch wachsen darf. Zehntausend Substanzen im Umlauf, viele davon unzureichend getestet. Die ECHA spricht von Komplexität — diese Komplexität trägt einen Absender. Unklar bleibt, wer die Altlasten zahlt. Was bleibt, ist gebundener Fluor im Erdreich, der nicht auf das Ende eines Verfahrens wartet.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261020_2043_04411.html

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Zwei Namen gestrichen — die Front bröckelt

Oberstleutnant a. D. Konrad Hagen · 17. Oktober · Dossier

Brüssel. 22. September. 23:59 Uhr. So sieht eine Deadline aus, die niemand einhalten wollte. Die Uhr tickte, 27 Botschafter stritten, und am Ende standen zwei Namen weniger auf der Sanktionsliste der EU: Alischer Usmanow und Michail Fridman. Dafür drei Jahre Stillstand für die übrigen 3.000 Gelisteten. So sieht Kompromiss aus, wenn Einstimmigkeit Pflicht ist.

Schauen wir hinter die Kulissen. Die Slowakei eröffnete das Spiel — Außenminister Blahar hatte Usmanows Kampf gegen die Liste schon im Frühjahr öffentlich unterstützt. Dann überraschte Frankreich. Drei Diplomaten bestätigten gegenüber Reuters, Paris habe gedrängt, nachdem Aserbaidschan zwei französische Staatsbürger festgesetzt hatte. Nationale Sicherheit, sagt die Regierung. Aserbaidschan weist den Zusammenhang zurück. Luxemburg zog nach — wenn Usmanow, dann auch Frid-

man. So funktioniert Erpressungskaskade in der EU.

Kiew spricht von Demütigung. Die Ukraine sieht in der Streichung ein schwaches Signal an Moskau und fordert nationale Sanktionen als Antwort. Die Kritik sitzt: Ein Oligarch fällt, weil ein Drittstaat Geiseln nimmt. Was hindert morgen andere? Welcher Name wird als nächstes eingelöst?

Russland bleibt angewiesen auf China und Indien, um den Sanktionsdruck zu mildern und die Ölproduktion am Laufen zu halten. Die Streichung zweier Namen ändert daran nichts — aber sie ändert das Bild. Sie zeigt: Die Front hat Risse. Lettland gab seinen Widerstand erst spät auf, Italien und Kroatien signalisierten Bereitschaft zur De-Sanktionierung. Die EU verlängert jetzt für 36 Monate statt sechs — länger, aber mit weniger Inhalt.

Ungeklärt bleibt, was Paris Baku genau versprochen hat. Unklar bleibt, welche Rolle die vorübergehende Verwaltung westlicher Unternehmen in Russland spielt — sie beunruhigt mehrere europäische Regierungen und könnte weitere wirtschaftliche Spannungen auslösen. Der Wirtschaftsminister verspricht mehr Transparenz bei Exportgenehmigungen. Versprechen sind billig. Lieferungen sind es nicht.

Zwei Namen weg. Die Liste ist formell länger, aber dünner. Wer zählt schon Namen, wenn das Prinzip bröckelt?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261017_0844_04387.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 23. Oktober 2026 von selbst. Aus 192 Stücken der Woche vom 17.–23. Oktober 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.